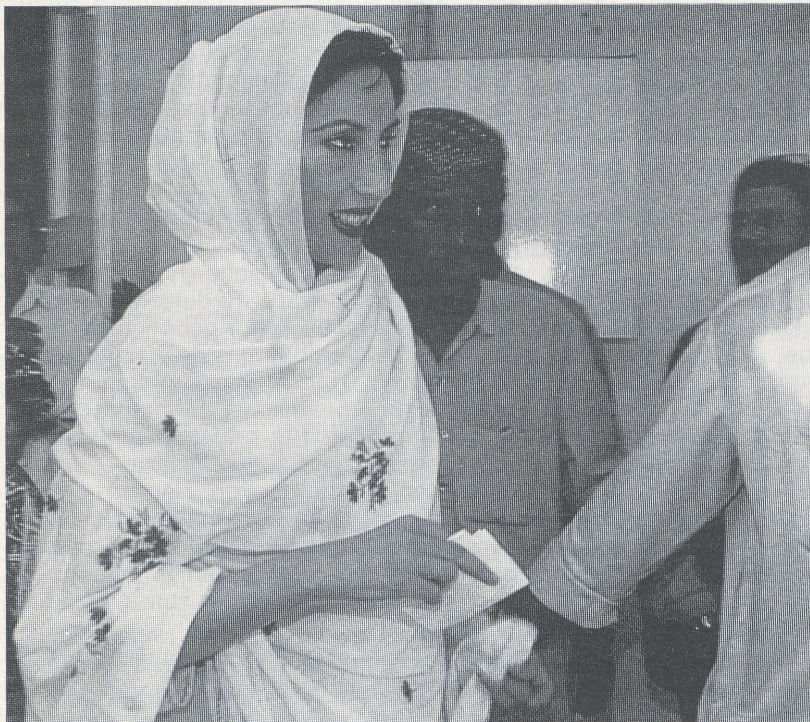


Kommentar:

Zweite Chance für Bhutto

von Jorge Scholz



Benazir Bhutto: Rückkehr an die Macht (Foto: 'Frontline')

Das Comeback Benazir Bhuttos ist perfekt. Die neue Nationalversammlung wählte sie am 19. Oktober mit 121 zu 72 Stimmen überraschend deutlich zum zweiten Mal nach 1988 zur pakistanischen Premierministerin, obwohl ihre 'Pakistan Peoples Party' (PPP) bei den Parlamentswahlen am 6. Oktober nur 86 der insgesamt 217 Sitze erreichte. Das Ergebnis spiegelt somit einen optimalen Erfolg der Koalitionsverhandlungen der PPP mit zahlreichen kleinen Parteien und unabhängigen Abgeordneten wieder, da der mit den 72 Sitzen seiner 'Pakistan Muslim League' (PML) angetretene Bhutto-Rivale Nawaz Sharif offenbar keine zusätzliche Stimme in sein Lager hinüberziehen konnte. Den Triumph der bisherigen Opposition rundete am 13. November die Wahl des PPP-Spitzenpolitikers Farooq Leghari zum neuen Staatsoberhaupt ab. Leghari schlug im vorgezogenen Urnengang um das Präsidentenamt den PML-Kandidaten und bisherigen Übergangspräsidenten Wasim Sajjad mit 273 zu 167 Stimmen (nach der pakistanischen Verfassung gehören dem Präsidentenwahlgremium neben den Abgeordneten der Nationalversammlung die 87 Mitglieder des Senats und jeweils 43 Delegierte der Landesparlamente der vier Provinzen Punjab, Sindh, Balutschistan und N.W.F.P an).

Da die PPP mit ihren Koalitionspartnern obendrein in den beiden Schlüsselprovinzen Punjab und Sindh die Landesregierungen stellt, kehrt Benazir Bhutto unter

unerwartet günstigen politischen Konditionen an die Schalthebel der Macht zurück. Das Schreckgespenst einer anhaltenden Unregierbarkeit des Landes, das die meisten Beobachter unmittelbar nach den Wahlen aufgrund verfehlter eindeutiger Mehrheitsverhältnisse prophezeit hatten, scheint zumindest vorläufig gebannt. Anders als 1988 braucht die inzwischen 40jährige Premierministerin nicht gegen einen ihr feindlich gesonnenen Präsidenten anzutreten, der mit seiner verfassungsgemäßen Machtfülle jederzeit die Politik der Regierung blockieren könnte.

Mit Leghari, der schon Zulfikar Ali Bhutto, dem 1979 von den Militärs hingerichteten Vater Benazir's, als Minister und persönlicher Vertrauter begleitete, weiß sie einen bewährten Freund ihrer Familie an der Spitze des Staates. Zwar verkündete der neue Präsident am Tage seiner Amtseinführung, daß er als neutraler Schiedsrichter zu amtieren gedenke, und gab zum Beweis prompt seine zwanzigjährige Mitgliedschaft in der 'Pakistan Peoples Party' auf, doch wird seine Loyalität unzweifelhaft deren Chefin Benazir Bhutto gelten: Bereits in ihrem ersten Kabinett diente Leghari als Energieminister. Nach einem Intermezzo als

Finanzminister und Statthalter der PPP in der nach dem Sturz Sharifs im April dieses Jahres gebildeten Übergangsregierung holte ihn Benazir nach ihrem Sieg bei den Oktoberwahlen erneut ins Kabinett - diesmal als Außenminister. Mit dem Wechsel Leghari's in den Präsidentenpalast scheint es vor allem für das Lager der Befürworter einer längst überfälligen und seit langem heftig diskutierten Reform der Verfassung neue Hoffnung zu geben: So sprach sich der als unbestechlich geltende 53jährige Großgrundbesitzer, Stammesfürst und Oxford-Absolvent sogleich für eine Beschneidung seiner eigenen Machtbefugnisse aus. In einer Ansprache nach seiner Wahl ermunterte er das Parlament, möglichst bald die noch aus der Zeit des Diktators Zia-ul Haq stammenden Verfassungsbestimmungen, die dem Präsidenten unter anderem die Auflösung des Parlaments und die Entlassung der Regierung erlauben, abzuschaffen. Der machtbewußte Amtsvorgänger Ghulam Ishaq Khan hatte gleich zweimal von diesem Recht Gebrauch gemacht, was maßgeblich zu den zuletzt chaotischen innenpolitischen Verhältnissen in Pakistan beigetragen hatte. Mit einem solchen Verbündeten hat es Benazir Bhutto zum Auftakt ihrer zweiten Amtszeit aus einer Position relativer Stärke heraus in der Hand, das aufgrund der monatelangen innenpolitischen Schlammschlacht völlig vergiftete Verhältnis zur Opposition mit positiven Signalen zu verbessern. Tatsächlich fehlte in ihrer An-

trittsregierungserklärung vor den Abgeordneten der Nationalversammlung nicht die veröhnliche Aufforderung an die Adresse der Opposition, im Interesse der Demokratie zusammenzuarbeiten. An Sharif persönlich richtete Bhutto die Worte: "Lassen sie uns das Land zusammen aus seiner gegenwärtigen globalen Isolation und der Wirtschaftskrise führen." Der Oppositionsführer erwiderte die Geste mit ebenso freundlichen Worten: "Die Regierung kann bei jedem guten Schritt auf unsere Zusammenarbeit setzen. Unsere Partei will weder die Regierung destabilisieren, noch wird sie innerhalb oder außerhalb des Parlamentes eine negative Rolle spielen."

Was dieses Versprechen tatsächlich wert ist, sollte sich noch am selben Abend zeigen, als Nawaz Sharif dem offiziellen Festakt zur Amtseinführung der Premierministerin fernblieb. Auch erste Boykotte von Parlamentssitzungen durch die Oppositionelle PML-Fraktion hat es bereits gegeben. Es drängt sich der Verdacht auf, daß die konziliante Rhetorik lediglich die argwöhnische Armeeführung beschwichtigen soll, die die beiden Kontrahenten PPP und PML ultimativ davor gewarnt hat, ihren Konflikt wie in den Monaten zuvor auf Kosten der politischen Stabilität des Landes auszutragen. Ansonsten deuten alle Signale aus dem Generalhauptquartier darauf hin, daß die Militärs im Gegensatz zu den Jahren 1988 bis 1990 einer Bhutto-Regierung wohlwollend gegenüberstehen und im Hintergrund bleiben wollen. Vor allem wird man in der Armeeführung von ihr erwarten, daß sie sich möglichst erfolgreich den gewaltigen politischen und wirtschaftlichen und sozialen Problemen Pakistans widmet. Die meisten Kommentatoren in den pakistani-schen Medien äußerten sich allerdings zu der Frage, ob Benazir Bhutto die richtigen Patentrezepte liefern könne, sehr skeptisch. Allgemein wird erwartet, daß sie sich notgedrungen an der spektakulären Reformpolitik ihres unmittelbaren Amtsvorgängers, des für drei Monate amtierenden Übergangspremiers Moeen Qureshi, orientieren muß. So lautet zumindest die Auflage von IMF und Weltbank für ein in Aussicht gestelltes Kreditpaket im Umfang von 1,5 Milliarden US\$. Für die neue Regierungschefin haben allerdings zunächst personalpolitische Entscheidungen, von denen das Durchstehen der fünfjährigen Legislaturperiode abhängen kann, absolute Priorität.

Auf diesem Gebiet scheint Bhutto aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt zu haben: So entschloß sie sich diesmal dazu, ihren Ehemann Asif Ali Zardari und ihre Mutter Nusrat aus dem Kabinett herauszuhalten. Außerdem soll ihre Ministerrunde auf zwölf Mitglieder



Pakistans neuer Präsident Farooq Leghari (Foto: Gulf News)

beschränkt bleiben, um dieses Gremium arbeitsfähig zu halten. In ihrer ersten Regierung tummelten sich im Vergleich dazu mehr als 50 Minister. Nawaz Sharif brachte es zusammen mit Staatsministern und Staatssekretären zuletzt sogar auf 64! Kenner des "political way of life" in Pakistan warnen allerdings davor, daß Bhutto mit so wenigen lukrativen Posten die vielen Aspiranten in ihrer breit angelegten, und daher äußerst fragilen Koalitionsregierung verprellen könnte.

Das besondere Augenmerk der neuen Administration gilt vor allem der Kontrolle über die Bürokratie, wo sich zur Zeit ein massiver Personalaustausch vollzieht. Zahlreiche hohe Regierungsbeamte, leitende Angestellte staatlicher Unternehmen, 18 Verwaltungschefs verschiedener Ministerien und die Spitzen diverser Polizeibehörden und der Geheimdienste wurden entlassen und durch regierungstreue Gefolgsleute ersetzt.

Außerdem kündigte ein Regierungssprecher am 22. November an, daß demnächst rund 25.000 frühere Beamte und Angestellte, die im Zuge der Säuberungsaktion nach der Amtsenthebung Bhuttos im Sommer 1990 entlassen worden waren, wieder eingestellt werden. Damit realisiert Bhutto ein Wahlversprechen. Spätestens wenn dieser Prozeß der Machtabsicherung abgeschlossen ist, wird sich zeigen, ob sie auch ihre programmatischen Wahlversprechen umsetzen kann.